

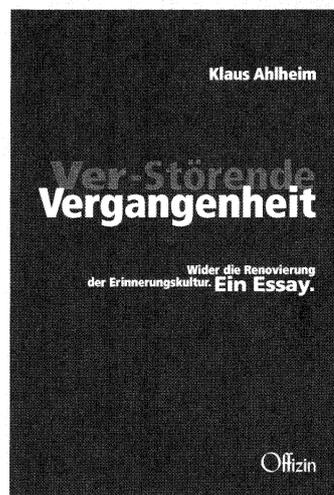
Deutsche Erinnerungskultur

Klaus Ahlheim, *Verstörende Vergangenheit – Wider die Renovierung der Erinnerungskultur*. Ein Essay. Hannover (Offizin) 2014, 72 S., 6 €.

Dana Giesecke und Harald Welzer haben 2012 ein Streitschrift „zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur“ vorgelegt, in der sie eine „Entrümpelung“ der Gedenkstättenpädagogik fordern. Norbert Reichling hat das Buch im *Journal* (3/12) vorgestellt und den Autoren zwar „viele zutreffende Beobachtungen“ bescheinigt, sonst aber moniert, dass sie mit einem Zerrbild heutiger historisch-politischer Bildung arbeiteten und sich in neue Widersprüche verwickelten. Die „schonungslose Kritik“ an der mehr unterstellten als nachgewiesenen Unprofessionalität der Gedenkstättenpädagogik und an deren „Selbstüberschätzung“ gehe selber „einher mit einem fast unbegrenzten pädagogischen Machbarkeitsoptimismus, wenn man es nur richtig anfasse“. Reichling resümiert, dass „unter dem Titel einer 'Renovierung' ein Abriss vorhandener Institutionen befürwortet“ werde. Was bei ihm allerdings weniger vorkommt, ist die politische Stoßrichtung solcher Entrümpelungsaktionen. Dazu hat jüngst Klaus Ahlheim in seiner Reihe „Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft“ (Band 9) einen pointierten Essay vorgelegt.

Schluss mit dem Schlussstrich!

Ahlheim skizziert mit wenigen, aber plastischen Strichen den politischen Kontext – beginnend mit autobiographischen Notizen zur Nachkriegssituation, als sich unter Adenauer der westdeutsche National- und Frontstaat formierte und seiner Er-



innerungskultur das schwere Schicksal des deutschen Volkes, das schon wieder unter einer falschen Führung in einen verlorenen Krieg geraten war, zum Anliegen machte. „Heimatdienst“ hieß ja der ursprüngliche Auftrag der *Bundeszentrale für politische Bildung*, die sich im Kalten Krieg, wie Gudrun Hentges in ihrer neuen Studie dargelegt hat (vgl. *Journal* 3/14), nach pflichtgemäßer Abgrenzung vom NS-Staat vor allem der Pflege der gefährdeten deutschen Volksgemeinschaft widmete. Ahlheim zeigt, dass die entscheidende Korrektur hin zu einer „Erziehung nach Auschwitz“ mit den politisch-pädagogischen Vorstößen Adornos Anfang der 60er Jahre begann.

Dies stand natürlich in Verbindung mit Ereignissen, die die politische Öffentlichkeit der Republik alarmierten (Hakenkreuzschmierereien, Beginn des Auschwitzprozesses), und war auf das Engagement einer protestierenden Generation angewiesen, die die Impulse aufgriff und zu ihrer Sache machte. Als nächste Station fokussiert

Ahlheim dann auf den Herbst des Jahres 1998, als sich die rotgrüne Regierung für die „Normalisierung“ des neuen Deutschland stark machte. Sie beteiligte sich am NATO-Krieg auf dem Balkan und markierte so realpolitisch den Abschluss der Nachkriegsepoche. Zeitgleich hielt der Schriftsteller Martin Walser seine berühmte Paulskirchenrede über Auschwitz als „Moralkeule“. Sein Credo, „dass es mit dem ständigen Erinnern an Auschwitz und an die Nazi-Greuel doch endlich ein Ende haben müsse“, war indes, wie *Ahlheim* festhält, „schon lange ein gängiges Denk- bzw. Gefühlsmuster an den sprichwörtlichen Stammischen und darüber hinaus.“

Walsers Plädoyer für ein Ende der deutschen Scham- und Schuldrituale traf auf breite Zustimmung; Kanzler Schröder pflichtete bei, ein Schriftsteller könne sagen, was „ein deutscher Bundeskanzler nicht sagen darf“. Von dieser neuen Tonalität schlägt *Ahlheims* Essay die Brücke bis zum Jahresanfang 2014, als deutsche Politiker (Gauck, von der Leyen...) mit dem Anspruch hervortraten, Deutschland müsse mehr Verantwortung, militärische zumal, auf dem Globus übernehmen. Denn eine Nation, die sich so vorbildlich geläutert habe – „das beste Deutschland, das es je gab“ (Gauck) – und die nur im Rahmen internationalen Rechts agiere – jedenfalls, solange es machbar ist –, habe alles Recht der Welt, auch im Namen eigener Interessen weltweit nach dem Rechten zu sehen. In die Ausgestaltung dieses neuen nationalen Selbstbewusstseins ordnet sich, so *Ahlheim*, der angemeldete Renovierungsbedarf ein. *Ahlheim* zieht u. a. eine Parallele zum Fazit des Gutachtens „Neue Macht – Neue Verantwortung“ der *Stiftung Wissenschaft und Politik*, dass Deutschland als europäische Macht

in Zukunft „öfter und entschiedener führen“ müsse. Es sei nur folgerichtig, dass die 'nach Adorno' entstandene deutsche Gedenkkultur, die von den historischen Untaten der ehemaligen Großmacht kündigt, heute reformiert, relativiert, normalisiert werde. Das Buch von *Giesecke/Welzer* liefere dazu die passenden Stichworte.

Ahlheims Essay argumentiert schlüssig, mit sachkundiger Bezugnahme auf die Praxis politischer Bildung. Zwei Punkte sollten aber bei der weiteren Auseinandersetzung Beachtung finden. Das ist zum einen der Nachdruck, den *Ahlheim* auf die Theorie vom autoritären Charakter legt, also auf die von *Freud* angedeutete, vom *Institut für Sozialforschung* ausgearbeitete These von der frühkindlichen Sado-Maso- bzw. Faschismus-Präformierung. Die These ist ausgesprochen diskussionswürdig. Doch selbst gesetzt den Fall, die tiefenpsychologische Dogmatik von Es, Ich und Über-Ich und der charakterprägenden Macht der Kernkomplexe wäre wissenschaftlich haltbar, so verwundert doch, dass Pädagogen sich bei diesem Thema aufhalten. Es wäre allenfalls für die Fortbildung von Säuglingsschwestern oder für die Elternbildung von Belang. Eine aufklärende Bildungsarbeit hat es mit Menschen zu tun, die möglicher Weise biographisch belastet, beschädigt, schlecht ernährt oder was auch immer sind, und zettelt mit ihnen eine Diskurs an. Ob die Adressaten ein frühkindliches Plus oder Minus mitbringen, ist da irrelevant. Natürlich muss jeder mit seinen Schwierigkeiten, Fragen, Einwänden ernst genommen werden, sonst wäre es kein Bildungsprozess. Aber das gilt für alle Adressaten. Der Einzelne muss weder die Tiefe seiner infantilen Traumatisierung offen legen, noch muss sich der Bildungsprozess dieser Dimension widmen.

Es hat etwas Eigenartiges, dass sich Pädagogen unter Rückgriff auf solche Theorietraditionen ständig der Begrenztheit ihres Tuns versichern. Reichlings Einwände gegen Giesecke und Welzer sind übrigens von diesem Kaliber. Paul Ciupke, Reichlings Mitarbeiter im *Humanistischen Bildungswerk*, verlängert das dann in ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Standpunkt „eines theoretisch gestützten Wissens“. Kritische politische Bildung, so schreibt Ciupke im einschlägigen Diskussionsband von *Widmayer/Overwien*, müsse angesichts der Katastrophen des 20. Jahrhunderts „vermehrt über das 'Böse' nachdenken“. Ist es also der Leibhaftige mit Schwefelgeruch und Pferdefuß, der sein Unwesen treibt? Ist es eine im Jenseits von Wille und Bewusstsein angesiedelte Triebstruktur, die den nach oben kuschenden und nach unten tretenden Massenmenschen hervorbringt? Oder sind es schlichtweg die in früher Kindheit verklebten Synapsen, die uns ein Leben lang dirigieren, wie heutzutage die Hirnforschung á la *Gerhard Roth* herausgefunden hat und so mit der Problematisierung der unbelehrbaren *conditio humana* die kongeniale Nachfolge der Psychoanalyse antritt? Soll also, kurz und polemisch gefragt, Aufklärung zugunsten von Betschwestern und Seelenklempnern abdanken?

Zum andern weist *Ahlheim* selber darauf hin, dass es neben dem Schlussstrich-Plädoyer eine weitere bedenkliche Variante der Geschichtspolitik gibt. Durch die aufwändige Installierung einer Erinnerungskultur, die auf die Untaten der Nation Bezug nimmt, kann man ja ebenfalls nationale Größe dokumentieren und so im Endeffekt das erzielen, was der Befürworter eines Schlussstrichs im abgekürzten Verfahren herstellen will: den

Standpunkt einer Nation, die sich in der Völkergemeinschaft nichts mehr nachsagen lässt, sondern selber auftrumpft. *Ahlheim* erinnert hierzu an das Gedenkstättenkonzept, das die Bundesregierung in den 90er Jahren erarbeitete und mit dem sie im vereinigten Deutschland den 'verordneten Antifaschismus' der DDR in einen 'verordneten Antitotalitarismus' überführte. In dem Konzept hieß es: „Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und SED-Diktatur sowie das Gedenken an deren Opfer ebenso wie an Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen festigen das Bewußtsein für Freiheit, Recht und Demokratie und den antitotalitären Konsens in Deutschland.“ (*Praxis Politische Bildung* 4/99) Klarer kann die Auftragslage nicht sein. Das „Bewusstsein“ für das gute Deutschland soll gefestigt werden, nicht Ursachenforschung oder die Überprüfung von (Dis-)Kontinuität im Verhältnis zum NS-Vorgänger stehen an, sondern die Funktionalisierung für Herrschaftslegitimierung. Gleichzeitig haben Unterschiede zwischen NS- oder SED-Regime pädagogisch keine Bedeutung. Im Gegenteil, Lernziel ist explizit die Einschwörung auf einen antitotalitären Konsens, der keine Dissidenten mehr zulassen will. Man sieht: Die Schlussstrich-Mentalität ist nicht der einzige Problemfall, wenn man sich mit dem wieder auflebenden Nationalismus und Militarismus auseinander setzen will.

Johannes Schillo